



Investitionen in Öl, Gas und Kohle sind Gift für unsere Altersvorsorge

Investitionen in Öl, Gas und Kohle sind Gift für unsere Altersvorsorge

Milliarden von Schweizer Franken sind bei Konzernen angelegt, die Öl, Gas- und Kohle fördern. Diese Investitionen sind nicht nur ökologisch verheerend, sondern bergen ein hohes wirtschaftliches Risiko. Wenn wir die beschlossenen Ziele zur Reduktion der Klimaerwärmung einhalten, sind 80 % der Rohstoffreserven dieser Unternehmen praktisch wertlos. Das bringt auch unsere Vorsorgegelder in Gefahr. Die Umweltverbände WWF, Greenpeace und 350.org sowie SP und Grüne fordern deshalb einen Ausstieg von Pensionskassen und Grossbanken aus Erdöl-, Gas- und Kohleinvestitionen bis in spätestens fünf Jahren.
Alle reden von der Immobilien- oder der Dotcom-Blase, und keiner von der "Carbon Bubble". Zumindest in der Schweiz. Dabei ist die Kohlenstoffblase auch für die Schweiz extrem gefährlich. Nicht umsonst warnte die Grossbank HSBC schon vor einem Jahr davor, dass 40 bis 60 Prozent der Marktwerte von Öl- und Gas-Konzernen gefährdet seien. "Die fossilen Titel sind doppelt unter Druck" sagt Katharina Serafimova, Finanzspezialistin beim WWF Schweiz. "Einerseits verschärfen viele Staaten die Gesetze, um die Risiken fossiler Energien einzudämmen und die Energieversorgung in Richtung erneuerbarer Energien zu lenken. Andererseits steigen immer mehr Investoren aus fossilen Investitionen aus." Und das ist fatal, denn die 200 grössten fossilen Energiekonzerne weisen ein gigantisches Kapital in der Höhe von 4'000 Milliarden Dollar auf. Es droht deshalb ein massiver Kurssturz mit unabsehbaren Folgen.
Wer in fossile Energien investiert, treibt die Erwärmung unseres Klimas voran und gefährdet unsere Lebensgrundlagen. Brauchen wir alle ausgewiesenen Reserven an fossilen Brennstoffen, so verbrennen wir fünfmal mehr CO2 als erlaubt, um das 2-Grad-Klimaziel noch zu erreichen. Zu diesem Schluss kommt eine viel beachtete Studie der Carbon Tracker Initiative und London School of Economics. "Die wissenschaftliche Evidenz ist klar: Unsere Nachkommen werden bei ungebremster Klimaerwärmung mit kaputten Ökosystemen und lebensbedrohenden Naturkatastrophen zu kämpfen haben", erklärt Georg Klingler, Energieexperte Greenpeace.
In vielen Ländern wird das Problem der "Carbon Bubble" bereits breit diskutiert. Wichtige Finanzinstitutionen wie die Weltbank oder die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung wollen die Investitionen in Projekte zur Nutzung fossiler Energieträger drosseln. Und der Norwegische Staatsfonds will all seine Investments in Kohle beenden. "Obwohl diese Problematik weltweit thematisiert wird, ist eine Diskussion in der Schweiz bisher ausgeblieben. Die Finanzbranche muss reagieren und desinvestieren, bevor es zu spät ist", so Quentin Repond, Kampagner von 350.org.
Forderungen an die Politik
SP und Grüne fordern deshalb Vorgaben für Anleger von Volksvermögen. Die SP reicht deshalb vier Motionen ein, welche verlangen, dass die Pensionskassen, die Nationalbank, die SUVA- und der AHV-Fonds keine Wertpapiere mehr von Konzernen kaufen dürfen, welche Erdöl-, Erdgas oder Kohle fördern oder entsprechende Rohstoffreserven besitzen. Bestehenden Wertpapiere sollen innerhalb von 5 Jahren abgestossen werden. Die Grünen verlangen zusätzlich eine strengere Kontrolle der Grossbanken bei Investitionen im Bereich fossiler Energieträger durch die Finanzaufsichtsbehörde Finma.
"Unser Volksvermögen wird bei Energiekonzernen angelegt, die das Klima und den Finanzmarkt aufheizen. Das ist russisches Roulette - sowohl aus ökologischer wie auch aus ökonomischer Sicht", sagt Nationalrat Beat Jans (SP). Und auch Nationalrat Bastien Girod (Grüne) stellt fest: "Allein die Publica, hat rund zwei Milliarden in fossile Energien investiert. Das steht in krassem Widerspruch zum Zwei-Grad-Ziel des CO2-Gesetzes. Und es gefährdet die Altersvorsorge der Versicherten. Die Publica muss deshalb ihre Anlagepolitik anpassen und aus dem Geschäft mit fossilen Energien aussteigen."

Für weitere Fragen stehen Ihnen unsere Experten zur Verfügung:
Beat Jans, Nationalrat SP, Tel: 061 205 10 55, Email: beat.jans@parl.ch
Bastien Girod, Nationalrat Grüne, Tel: 079 217 73 06, Email: bastien.girod@parl.ch
Katharina Serafimova, Finanzexpertin WWF, Tel: 044 297 22 29, Email: katharina.serafimova@wwf.ch
Quentin Repond, Kampagner 350.org, Tel: 079 353 36 29, Email: quentin@350.org
Georg Klingler, Energieexperte Greenpeace, Tel: 079 785 07 38, Email: georg.klinger@greenpeace.org

Pressekontakt

Greenpeace e.V.

22767 Hamburg

beat.jans@parl.ch

Firmenkontakt

Greenpeace e.V.

22767 Hamburg

beat.jans@parl.ch

Greenpeace ist eine internationale Umweltorganisation, die mit gewaltfreien Aktionen für den Schutz der Lebensgrundlagen kämpft. Unser Ziel ist es, Umweltzerstörung zu verhindern, Verhaltensweisen zu ändern und Lösungen durchzusetzen. Greenpeace ist überparteilich und völlig unabhängig von Politik, Parteien und Industrie. Mehr als eine halbe Million Menschen in Deutschland spenden an Greenpeace und gewährleisten damit unsere tägliche Arbeit zum Schutz der Umwelt. Spektakuläre Aktionen haben Greenpeace weltweit bekannt gemacht. Die direkte Konfrontation mit Umweltsündern dient dazu, auf Missstände aufmerksam zu machen. Greenpeace-Aktivist*innen setzen sich persönlich für ihr Anliegen ein - dadurch erzeugen sie öffentlichen Druck auf Verantwortliche in Politik und Industrie. Doch Greenpeace agiert nicht nur im Schlauchboot, auch die Lobbyarbeit trägt entscheidend zum Erfolg von Kampagnen bei. In langwierigen und zähen Verhandlungen versucht Greenpeace, die politischen Entscheidungen von Regierungen oder Kommissionen zu beeinflussen. Greenpeace arbeitet zu den Themen Klimaveränderung, Artenvielfalt (Ökosysteme der Wälder und Meere), Atomkraft/erneuerbare Energien, Erdöl, Gentechnik, Landwirtschaft und Chemie. Eine Konzentration auf die gewählten Kampagnen ist notwendig: Nur wenn die Organisation ihre Energien bündelt, ist effektives und erfolgreiches Arbeiten möglich.